Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14663**

19. Wahlperiode 30.10.2019

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 4. bis 6. September 2019 in Helsinki (Finnland)

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	**Teilnehmer der deutschen Delegation**	2
II.	**Einführung**	2
III.	**Ablauf der Tagung**	2
III.1	Eröffnungssitzung	3
III.2	Ein stärkeres Europa für die europäische Sicherheit	3
III.3	Austausch von Sichtweisen zu den Prioritäten der EU in der GSVP und der GASP	3
III.4	Wiederherstellung der transatlantischen Einheit in globalen Angelegenheiten	4
III.5	Quo Vadis EU Verteidigung – eine Kraft für den Frieden oder eine Militärmacht	4
III.6	Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit	4
IV.	**Arbeitsgruppen**	5
IV.1	Politische Entwicklungen in den Ländern des Westbalkans	5
IV.2	Bekämpfung hybrider Bedrohungen: Bewertung der Politik und der Instrumente der EU	5
IV.3	Iran – Optionen der EU und die Zukunft des Atomvertrages	5
V.	**Schlusserklärung des Ko-Vorsitzes**	6

I. Teilnehmer der deutschen Delegation

An der 15. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter Dietmar Nietan (SPD), Leiter der deutschen Delegation

Abgeordneter Thomas Erndl (CDU/CSU)

Abgeordneter Christoph Neumann (AfD)

Abgeordneter Tobias Pflüger (DIE LINKE.)

II. Einführung

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten auch mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die 15. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) fand auf Einladung des finnischen Parlaments vom 4. bis 6. September 2019 in Helsinki statt. An der Konferenz nahmen 125 Delegierte aus 26 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 18 Delegierte aus sechs Partnerländern (Albanien, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien und der Türkei) teil. Vertreter des Kosovo wurden von den Veranstaltern als Gäste geladen.

Vor Konferenzbeginn kamen die Delegierten zu Fraktionssitzungen zusammen. Es fanden Sitzungen der Europäischen Volkspartei (EVP), der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D), der Renew Europe Group (RE), der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGE) und der Fraktion Identität und Demokratie (ID) statt.

Erstmalig fand auf Anregung von Hannah Neumann, MdEP, ein Treffen zu Gender- und Frauenfragen im Bereich Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigung statt.

Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und fünf weitere Sitzungsabschnitte unterteilt. Daneben hat die finnische Präsidentschaft drei Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Ko-Vorsitzenden der Konferenz, bestehend aus den Vertretern des finnischen Parlaments, dem Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des finnischen Parlaments, Mika Niikko, und dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschuss des finnischen Parlaments, Ilka Kanerva, sowie dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, David McAllister, veröffentlichten nach der Tagung eine gemeinsame Schlusserklärung zu den Konferenzergebnissen. Die Schlusserklärung der Konferenz ist in deutscher Übersetzung unter Punkt fünf dieser Unterrichtung abgedruckt.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird vom 2. bis 4. März 2020 in Zagreb (Kroatien) auf Einladung des kroatischen Parlaments stattfinden.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III.1 Eröffnungssitzung

Mika Niikko, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des finnischen Parlaments, mahnte in seinen Eröffnungsworten mehr soziale Gerechtigkeit in Europa an, da soziale Ungleichheiten Sicherheitsrisiken darstellten. Als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes dürfe man nicht übersehen, dass in Europa 22 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht seien. Diese Tatsache müsse auch bei Entscheidungen im Bereich der Sicherheitspolitik bedacht werden. **Ilkka Kanerva**, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des finnischen Parlaments beschrieb die EU als Garanten für die gemeinsame Sicherheit. Fähigkeiten zur Landesverteidigung und die Verteidigungsbereitschaft der Mitgliedstaaten müssten dazu weiter verbessert werden. Es sei richtig gewesen, dass Finnland im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten nach dem Ende des kalten Krieges weiterhin an einer Wehrpflichtarmee festgehalten und die Landesverteidigung erhalten habe. Die Fähigkeit und hohe Bereitschaft zur Landesverteidigung sei in Finnland gesellschaftlicher Konsens. **David McAllister**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, mahnte einen stärkeren Zusammenhalt innerhalb der EU an. Kein Mitgliedstaat in der EU sei groß genug, bestehende Herausforderungen allein zu meistern.

III.2 Ein stärkeres Europa für die europäische Sicherheit

Im ersten Sitzungsabschnitt betonte der finnische Staatspräsident, **Sauli Niinistö**, dass Europa aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges geboren wurde und der Erhalt des Friedens eine Lehre sei, die es zu bewahren gelte. Europäische Antworten auf bestehende und zukünftige Herausforderungen müssten aus einer Position der Stärke und mit einer gemeinsamen Stimme gegeben werden. Dabei sollte Europa sich durch seine gemeinsamen Werte und Interessen leiten lassen, um seinen Platz in der Staatengemeinschaft zu finden und zu behaupten. Auf die Fragen des Abgeordneten **Tobias Pflüger** nach den Beziehungen Finnlands zur Russischen Föderation sowie zur NATO und der nuklearen Komponente in der Verteidigung der EU antwortete Präsident Niinistö, dass es bei einer mehr als 1000 km langen gemeinsamen finnisch-russischen Grenze wichtig sei, mit dem Nachbarn im Gespräch zu bleiben. Anerkennung als gleichwertiger Gesprächspartner sei zu erlangen, wenn man glaubwürdig sei und aus einer Position der Stärke heraus handle. Mit Bezug auf die NATO unterstrich er die Wichtigkeit der Herstellung der Interoperabilität der Armeen zwischen Finnland, als Nicht-NATO-Mitglied, und den anderen NATO-Staaten. Dieses werde durch sehr gute bilaterale Zusammenarbeit mit einzelnen NATO-Staaten gewährleistet. Bezüglich der Frage nach der nuklearen Komponente führte der finnische Präsident aus, dass Finnland daran arbeite, neue internationale Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsgespräche zu initiieren.

III.3 Austausch von Sichtweisen zu den Prioritäten der EU in der GASP und der GSVP

Der zweite Sitzungsabschnitt war dem Austausch zu den Prioritäten und Strategien der GASP und der GSVP gewidmet. Die Hohe Vertreterin (HV) der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, **Federica Mogherini**, berichtete per Videozuschaltung über den aktuellen Stand in diesen Politikfeldern und lobte dabei die Themensetzung der Konferenz. Zwei Themen hob sie besonders hervor: Die großen Fortschritte bei der Entwicklung der europäischen Verteidigung in den letzten drei Jahren und die Rolle des Westbalkans. Die EU müsse durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien die Ernsthaftigkeit der Absicht einer Erweiterung deutlich machen. Auf die Beziehungen zu China angesprochen, warb die HV für eine Kooperation auf Augenhöhe. Die EU müsse ihre Interessen klar formulieren und durchsetzen. Auch Menschenrechtsfragen sollten bei diesem Dialog weiterhin zur Sprache kommen. Für die Beziehungen zum Iran sei es absolut wichtig, dass die EU weiterhin geschlossen auftrete. Auf die Situation in Libyen angesprochen, äußerte die HV, dass dort Fortschritte erst erreicht würden, wenn Europa zusammen mit den afrikanischen Staaten und der Arabischen Liga an einem Strang ziehe. Abschließend mahnte sie die Umsetzung von EU - Beschlüssen in den Nationalstaaten an. Die EU werde in der Welt nur als Partner ernstgenommen, wenn sie glaubwürdig auftrete.

III.4 Wiederherstellung der transatlantischen Einheit in globalen Angelegenheiten

Im dritten Sitzungsabschnitt, in dem die Wiederherstellung der transatlantischen Einheit in globalen Angelegenheiten thematisiert wurde, erläuterte **Carl Bildt**, Vizevorsitzender des Europäischen Rates für auswärtige Angelegenheiten, warum er es in einer bipolaren Welt mit den USA und China als den beiden Protagonisten für unwahrscheinlich halte, dass die transatlantischen Beziehungen belebt werden können. Die EU sei aus einer anderen,

vergangenen Weltordnung entstanden. In einer neuen multipolaren Weltordnung müsse die EU ihre Rolle erst noch finden. **Heather Conley**, Programmdirektorin Europa beim Center for Strategic and International Studies, mahnte zum Aufbau einer neuen transatlantischen Verbindung mehr Flexibilität und Dynamik an. Dabei solle der Focus nicht auf den Vereinigten Staaten liegen, sondern Städte, NGOs und einzelne Bundesstaaten ins Zentrum der Bemühungen rücken. **Robin Niblett**, Direktor des Chatham House, mahnte den Zusammenhalt freier Demokratien an, da diese weltweit bedroht seien. Dazu müsse die EU unter anderem ihre starken Handelsbeziehungen nutzen, ihre militärische Widerstandskraft erhöhen und ihre Positionen klarer formulieren.

III.5 Quo Vadis EU Verteidigung – eine Kraft für den Frieden oder eine Militärmacht

Der vierte Sitzungsabschnitt trug den Titel: Quo Vadis EU Verteidigung – eine Kraft für den Frieden oder eine Militärmacht. **Nathalie Loiseau**, Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung des europäischen Parlaments, bescheinigte der EU, keine Militärmacht zu sein, die bestehen könne. Sie forderte höhere Ausgaben, um die EU in die Lage zu versetzen, sich selbst schützen und den Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Der Generaldirektor des Militärstabs der Europäischen Union, **Esa Pulkkinen**, forderte eine stärkere Entwicklung militärischer Fähigkeiten und eine bessere Kooperation bei der Beschaffung von Militärmaterial. Er beschrieb die EU-Verteidigung als dreidimensionale Aufgabe. Werteverteidigung, geografische Verteidigung und die Verteidigung europäischer Interessen stünden dabei in einem Spannungsfeld. Notwendige Entwicklungen der Verteidigungsfähigkeiten scheiterten derzeit in der EU jedoch noch an der Unfähigkeit der Nationalstaaten, echte Beschaffungs-Kooperationen einzugehen. **Natalie Tocci**, Instituto Affari Internazzionali, kritisierte, dass das Produzieren von Papieren, Strategien und Weißbüchern oft mit Handeln gleichgesetzt würde und mahnte eine kohärente und konkrete Umsetzung beschlossener Maßnahmen auf operativer Seite an. In der Diskussion wurde von einigen Delegierten darauf hingewiesen, dass bei der weiteren Entwicklung der EU-Verteidigung darauf zu achten sei, keine Doppelstrukturen zur NATO zu etablieren. Andere Delegierte mahnten, dass die EU ein Friedensprojekt sei und nicht in erster Linie ein Verteidigungsbündnis darstelle.

III.6 Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit

Im letzten Sitzungsabschnitt setzten sich die Delegierten mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit auseinander. **Lukas Rüttinger** von der Agentur Adelphi beschrieb den Klimawandel als Risikomultiplikator. Durch den Klimawandel verursachte extreme Wetterereignisse führten zur Degeneration von Lebensgrundlagen und zum Wettbewerb um natürliche Ressourcen. Dies wiederum führe zu Migration und zu Spannungen durch steigende Nahrungsmittelpreise. **Mika Anttonen**, St1 Nordic Co., machte deutlich, dass die ergriffenen Maßnahmen viel zu schwach seien, um eine Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius, wie es im Pariser Klimaabkommen angestrebt wird, zu begrenzen. Die weltweite Investitionsrate in erneuerbare Energien sei um den Faktor 10 zu gering. Er mahnte verstärkte Anstrengungen der Politik zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels an. Ebenso riet er, Maßnahmen dort zu ergreifen, wo die größten Effekte zu erwarten seien und empfahl daher, Maßnahmen zur CO2-Reduktion auf Afrika zu konzentrieren. In der Diskussion wurden verschiedene Themen angesprochen, darunter die Mahnung, Handelsabkommen der EU mit anderen Staaten auf deren Klimawirkung zu überprüfen sowie die Aufforderung, Klimamigration durch verstärkte präventive Maßnahmen in den Ursprungsländern zu begegnen. Einige Delegierte appellierten an die Konferenzteilnehmer, das eigene Handeln zu reflektieren und im Sinne eines klimaschonenden Konsums zu agieren.

IV. Arbeitsgruppen

In drei Arbeitsgruppen setzten sich die Delegierten mit folgenden Themen auseinander: „Politische Entwicklungen in den Ländern des Westbalkans“, „Bekämpfung hybrider Bedrohungen: Bewertung der Politik und der Instrumente der EU“, sowie „Iran – Optionen der EU und die Zukunft des Atomvertrages“.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV.1 Politische Entwicklungen in den Ländern des Westbalkans

In dieser Arbeitsgruppe schilderte Botschafter **Lars-Gunnar Wigemark**, Leiter der EU und Sonderbeauftragter für Bosnien-Herzegowina, die Situationen der Länder des Westbalkans im Annäherungsprozess an die EU. Dort herrsche die Auffassung, dass eine fortwährende Integration der Länder des westlichen Balkans in das Wertegerüst der Europäischen Union notwendig sei. Die EU stehe für den Frieden, Rechtstaatlichkeit und Sicherheit, und es sei von entscheidender Bedeutung für den Erweiterungsprozess, dass diese Werte von neuen Mitgliedern uneingeschränkt geteilt werden. Die EU sollte daher Maßnahmen unterstützten, welche die Beitrittsländer diesen Zielen näher bringen, um die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik zu erhalten.

IV.2 Bekämpfung hybrider Bedrohungen: Bewertung der Politik und der Instrumente der EU

Das in Finnland angesiedelte Hybrid-Exzellenzzentrum (Hybrid CoE) wurde von **Vilmos Hamikus**, Leiter des Bereiches Hybride Bedrohungen in der Abteilung Sicherheits- und Verteidigungspolitik beim EAD, umfassend vorgestellt. Darstellung der Praktiken, Aufbau von Fähigkeiten, Erprobung neuer Ideen und die Verteidigung gegen hybride Bedrohungen; alles das leiste das Exzellenzzentrum und unterstütze dabei die Politik, geeignete Antworten auf die Fragen zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen und zur Entwicklung hybrider Reaktionen zu geben. Die Teilnehmer begrüßten den wertvollen Beitrag des Hybrid CoE bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen. Die Diskussion zeigte, dass in den meisten Nationalstaaten der rechtliche Rahmen zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen noch nicht ausreichend gesetzt ist.

IV.3 Iran – Optionen der EU und die Zukunft des Atomvertrages

In dieser Arbeitsgruppe schilderte **Prof. Dr. Volker Perthes**, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Lage im Iran und der Region. Übereinstimmend stellten die Konferenzteilnehmer fest, dass das Atomabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action) mit dem Iran ein Schlüsselelement zur regionalen und überregionalen Sicherheit darstelle. Begrüßt wurden zudem die Bemühungen der EU zum Erhalt des Abkommens. Ferner erinnerten die Delegierten an die dort vereinbarte friedliche Nutzung der Kernenergie und forderten den Iran auf, das Abkommen einzuhalten. Gleichzeitig mahnten die Teilnehmer eine Lösung für das iranische Raketenprogram an, und riefen alle Protagonisten der Region auf, keine weiteren eskalierenden Schritte zu unternehmen, die die fragile Sicherheit in der Region gefährden können. Stattdessen müsse Vertrauen neu aufgebaut werden und internationale Handelswege zu allen Zeiten frei befahrbar bleiben.

Berlin, den 23. Oktober 2019

Dietmar Nietan
Delegationsleiter

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Schlusserklärung des Ko-Vorsitzes

Vorbemerkungen

Die 15. Interparlamentarische Konferenz (IPC) für die GASP/GSVP fand vom 4. bis 6. September 2019 in Helsinki statt. An der Konferenz nahmen Abgeordnete der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments teil. Weitere Teilnehmer waren Abgeordnete aus den EU-Kandidatenländern und Vertreter der als Gast eingeladenen Länder. Diese Schlusserklärung ist Ausdruck der von den Teilnehmern erörterten Fragen.

Wir, die Ko-Vorsitzenden der 15. IPC:

- Sind der Ansicht, dass zu Beginn eines neuen europäischen Politikzyklus ein Umschwung in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU erforderlich ist. Die EU muss eine globale Führungsrolle übernehmen und unsere gemeinsamen Werte und Interessen in aller Welt aktiv verteidigen und fördern. Zu einem Zeitpunkt, an dem die regelgestützte Weltordnung von anderen zunehmend infrage gestellt wird, müssen wir Europäer den Multilateralismus, das Völkerrecht, die Demokratie und die Menschenrechte verteidigen. Zu diesem Zweck muss die EU ihre bestehenden Instrumente effektiver nutzen, geschlossener auftreten, ihre Entscheidungsprozesse verbessern und ihre gemeinsame Verteidigung stärken.
- Begrüßen in dieser Hinsicht die ambitionierten politischen Leitlinien, die von der designierten Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vorgeschlagen wurden. Insbesondere unterstützen wir die Vorschläge zur Verbesserung der Entscheidungsfindung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bei vollständiger Anwendung der bestehenden Vertragsbestimmungen. Darüber hinaus unterstützen wir den Vorschlag, die Mittel für das auswärtige Handeln im neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 zu erhöhen. Wir fordern die designierte Präsidentin auf, die Außen- und Sicherheitspolitik und die Sicherheit der Bürger in einer im Wandel begriffenen Welt zu einer Priorität ihrer Amtszeit zu machen.

EU-Verteidigung

- Halten es für erforderlich, im Benehmen mit den Mitgliedstaaten maßgebliche Veränderungen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zu beobachten, zu bewerten und anzugehen. Die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik stärkt unsere europäische Identität und unsere Unabhängigkeit im Hinblick darauf, Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern.
- Erinnern daran, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten drei Viertel unserer Bürger konsequent eine stärker gemeinsam ausgerichtete europäische Verteidigung befürwortet haben, und unterstreichen, dass die Europäische Union dieser Forderung noch nachkommen muss. Die meisten Mitgliedstaaten sind entschlossen, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, oder wenden bereits 2 % ihres BIP für Verteidigung auf. Bis 2040/45 werden sich die kumulierten Verteidigungsausgaben in der EU auf 10 Billionen Euro belaufen. Die Mitgliedstaaten müssen mit Unterstützung der EU-Organe eine kohärente Strategie für die Investition dieses Betrags in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln und die auf EU-Ebene zu treffenden Maßnahmen erarbeiten.
- Die Entwicklung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) ist für die Verteidigungsdimension der EU ein Schlüsselprojekt, das die nationalen Fähigkeiten stärkt. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), die nationalen Fähigkeiten zu verbessern und die Entwicklung der nationalen Rüstungsindustrie und Verteidigungsfähigkeiten zu unterstützen.
- Die EU-Verteidigungszusammenarbeit sollte auch künftig mit der NATO abgestimmt werden und auf die Schaffung von Synergien sowohl für die EU als auch für die NATO abzielen.

Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Ostseeregion und der Arktis

- Stellen fest, dass sich das Sicherheitsumfeld in Nordeuropa in den vergangenen Jahren aufgrund sicherheits- und umweltbezogener Entwicklungen verschlechtert hat. Die Energiesicherheit ist eng mit dem Klimawandel verknüpft und muss verbessert werden, indem die EU ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert. Eine der erheblichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit der EU sind die Veränderungen der Arktis.
- Heben hervor, dass die Arktis eine Region der konfliktfreien Zusammenarbeit bleiben sollte; betont, wie wichtig es ist, die Kontakte und den Dialog mit Russland und allen Beteiligten im Rahmen der regionalen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Kooperation in der Arktis, insbesondere im Arktischen Rat und bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland, fortzuführen, und zwar ungeachtet der Stationierung weiterer russischer Streitkräfte in der Region, des Baus und der Wiedereröffnung russischer Militärbasen und der Einrichtung eines russischen arktischen Militärbezirks;

- Weisen auf die sich verändernde Natur der Sicherheitsbedrohungen in der Ostseeregion hin, darunter die Zerstörung der Meeresumwelt, umstrittene Energieinfrastrukturvorhaben und wachsende Cyber-Bedrohungen; sind zutiefst besorgt über die deutliche Abkehr von der Entmilitarisierung hin zur Remilitarisierung der Ostseeregion;

Transatlantische Beziehungen

- Erinnern daran, dass die transatlantische Partnerschaft in den letzten Jahren zwar vor eine Vielzahl von Herausforderungen und Schwierigkeiten gestellt war, die langfristige Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA als gleichgesinnte Partner jedoch nach wie vor von entscheidender Bedeutung und zentralem Interesse für die kollektive Sicherheit und Prosperität beider Partner ist.
- Sind der Auffassung, dass die EU und die USA in einer globalen, komplexen und zunehmend multipolaren Welt eine führende und konstruktive Rolle spielen müssen, indem sie das Völkerrecht stärken und wahren, die grundlegenden Rechte und Prinzipien fördern und schützen sowie regionale Konflikte und globale Herausforderungen gemeinsam angehen;

Westbalkan

- Halten eine kontinuierliche Integration des Westbalkans in das Gefüge der Werte, Prozesse und Strukturen der EU nach wie vor für das wichtigste Ziel der Erweiterungspolitik der EU. Das Gebot, die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik zu wahren, liegt weiterhin in der gemeinsamen Verantwortung der Entscheidungsträger in der gesamten EU und den Westbalkanländern. Die EU, ihre Mitgliedstaaten und die Beitrittsländer müssen ihre Bemühungen verstärken, da die Beitrittsprozesse und die internen Reformen der EU Hand in Hand gehen sollten, um sich gegenseitig zu befruchten.
- Betonen, dass eine Reduzierung der EU-Integration auf einen rein technokratischen und wirtschaftlichen Prozess die Gefahr birgt, dass ihre Grundfesten, nämlich Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit, untergraben werden; fordern nachdrücklich dazu auf, sofort gegen undemokratische Tendenzen, darunter die Vereinnahmung des Staates und der Medien und die Überwindung noch bestehender Gräben, vorzugehen und so eine wahre ethnische, politische und (inter-)nationale Aussöhnung herbeizuführen, wobei das Prespa-Abkommen Vorbildwirkung entfalten könnte.

Hybride Bedrohungen

- Würdigen das Europäische Kompetenzzentrum für die Abwehr hybrider Bedrohungen für seinen wertvollen Beitrag zum Austausch bewährter Verfahren, zum Aufbau von Fähigkeiten, zur Erprobung neuer Ideen und zur Verteidigung gegen hybride Bedrohungen; fordern die Kommission und die Hohe Vertreterin auf, die Aktivitäten zur Abwehr hybrider Bedrohungen und zur Entwicklung hybrider Gegenmaßnahmen zu leiten und dem Kompetenzzentrum angemessene Unterstützung für alle seine Aufgaben zu gewähren.
- Fordern die Kommission und die Hohe Vertreterin auf, Erhebungen über hybride Risiken zu einem Standardinstrument des auswärtigen Handelns der EU zu machen, insbesondere wenn die EU in anderen Ländern in Frieden, Sicherheit und Entwicklung investiert oder wenn Sicherheits- und Verteidigungskräfte der Mitgliedstaaten entsandt werden; unterstreicht, dass die EU eine Quelle für zuverlässige Informationen und faktengestützte Bewertungen bleiben und diejenigen, die von Desinformation und Erpressung betroffen sind, angemessen unterstützen muss.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Iran

- Bekräftigen nachdrücklich die fortgesetzte Verpflichtung der EU, am Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPoA) als zentralem Element der regionalen und globalen Sicherheit festzuhalten. Wir fordern Iran nachdrücklich auf, zur uneingeschränkten Einhaltung des JCPoA zurückzukehren, im Abkommen zu verbleiben und sicherzustellen, dass das Atomprogramm Irans weiterhin friedlichen Zwecken dient. Wir begrüßen es, dass das Instrument zur Unterstützung von Handelsaktivitäten (INSTEX) mit Iran nun einsatzbereit ist, da es die Fortsetzung des rechtmäßigen Handels mit dem Land ermöglicht.
- Fordern eine regionale Lösung für das Programm Irans für ballistische Raketen, um eine weitere Eskalation zu vermeiden; fordern zu umgehender Zurückhaltung und Deeskalation der Spannungen im gesamten Nahen Osten auf, damit die politische Stabilität der Länder der Region aufrechterhalten wird.
- Begrüßen und unterstützen die regionalen Initiativen für maritime Sicherheit, die zur Deeskalation und zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Verständigung zwischen den wichtigsten Akteuren beitragen werden. Die Freiheit der Schifffahrt muss jederzeit gewahrt sein.

Klimawandel und Sicherheit

- Erinnern daran, dass der Klimawandel sich auf alle Aspekte des menschlichen Lebens auswirkt, auch indem er die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und Gewalt, Armut und Vertreibung erhöht.
- Heben hervor, dass Belange im Zusammenhang mit Klimasicherheit in die gesamte Außenpolitik, darunter den Außenhandel, einfließen sollten. Die EU sollte Kapazitäten zur Beobachtung klimawandelbedingter Risiken entwickeln, darunter auch Konzepte für Konfliktsensitivität und Krisenprävention. In diesem Zusammenhang sollten die EU-Missionen und -Programme in Konfliktgebieten über angemessene Reaktionsfähigkeiten verfügen.
- Betonen, wie wichtig es ist, dass die EU in allen internationalen Foren geschlossen auftritt und mit einer Stimme spricht. Wir unterstreichen daher die Notwendigkeit, einen umfassenden Ansatz für Klimawandel und Sicherheit zu erarbeiten. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, eine größere Rolle bei der wirksamen Umsetzung internationaler Übereinkünfte wie des Übereinkommens von Paris zu spielen.

Mika Niikko

Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Finnisches Parlament

David McAllister

Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Europäisches Parlament

Ilkka Kanerva

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses
Finnisches Parlament

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.